

Hamburger Forum

Rundbrief 1-23

www.hamburgerforum.org



Liebe Friedensfreundinnen, liebe Friedensfreunde,

19. Januar 2023

während von unserer Seite die Vorbereitungen für den Ostermarsch laufen, schickt sich die Bundesregierung an, Panzer in die Ukraine zu schicken und den Krieg damit noch weiter anzuhetzen. Die geostrategischen Interessen der USA sollen bis zum letzten Ukrainer verteidigt werden. Wir treten dafür ein, dass das gegenseitige Morden endlich beendet wird. Das wäre für alle in der Ukraine lebenden Menschen, welcher ethnischen Herkunft auch immer, das Beste.

Im Rundbrief findet ihr den von uns nach intensiver Diskussion erarbeiteten Aufruf, für den wir euch um eure Unterstützung bitten. Zur Unterstützung gehört auch eine finanzielle Beteiligung an den Kosten im Rahmen eurer Möglichkeiten.

Auch wenn die medial einseitige Unterstützung für Waffenlieferungen in die Ukraine vorsichtige Risse bekommen hat, ist ein Ende dieses schrecklichen Krieges und auch der anderen Kriege, die hier meist gar nicht in den Blick kommen, nicht in Sicht. Wir dokumentieren für euch einen Beitrag von Michael von der Schulenburg, in dem er sich Gedanken darüber macht, wie es zu einem Ende des Krieges kommen könnte. Er setzt eine Hoffnung dabei auf eine erstarkende Friedensbewegung.

Die Bellizisten geben keine Ruhe und setzen ihre Verleumdungskampagnen gegen die Friedensbewegung fort. So wurde jetzt dem Bremer Friedensforum ein angemieteter Raum für eine Veranstaltung gekündigt mit dem auch uns bekannten Vorwurf, sie wären offen für rechts – offen also für die CDU? Medien und Regierungen versuchen jegliche Opposition als (rechts-)populistisch oder Putin-Freunde darzustellen. Damit lenken sie davon ab, dass sie selbst demokratische Rechte einschränken, um Proteste zu unterbinden, und durch ihre Unterstützung der ukrainischen Regierung Tür und Tor öffnen für die Relativierung des Nazismus und der Kollaboration mit diesem. Hier liegt die Gefahr von rechts. Zu diesem Thema haben wir Susann Witt-Stahl eingeladen:



Ostermarsch 2022 (Foto: Reinhard Schwandt)

Der NATO-Krieg in der Ukraine als Motor der Rechtsentwicklung in Deutschland Diskussionsveranstaltung mit Susann Witt-Stahl Freitag, 10. Februar, 18 Uhr, MTZ, Lindenallee 72

Während die Regierung versucht, mit ihrer Unterstützung des amerikanischen Kriegskurses Handlungsfähigkeit zu demonstrieren, glänzt sie im Kampf gegen den Klimawandel durch Untätigkeit und durch Repression gegen diejenigen, die das nicht hinnehmen wollen. Der Protest wird kriminalisiert und schlecht gemacht. Auch dies ist ein Beispiel für die Rechtsentwicklung in unserem Land.

Leider beschränkt sich die Verleumdungskampagne nicht nur auf Regierung und Medien, sondern findet auch Unterstützung in Teilen der Partei Die Linke und der VVN, die in den vergangenen Jahren unsere Aktivitäten unterstützten. In einem Artikel aus dem Hamburgteil der aktuellen „Antifa“ wird der Vorwurf wiederholt, wir würden rechten Akteuren eine Bühne bieten. Wir werden nicht den Fehler machen, bürgerliche Friedens-

freunde auszugrenzen, die mit uns unsere antifaschistischen, antirassistischen und antimilitaristischen Grundüberzeugungen teilen. Und wir werden uns auch weiter an friedenspolitischen Aktionen wie der Kundgebung vom 19.11. beteiligen, auch wenn uns hier die Forderungen nach einem Stopp der Waffenlieferungen und der Rückkehr zur Diplomatie fehlen. Es hat in der Friedensbewegung immer schon unterschiedliche Bewertungen und Schwerpunkte gegeben. Dies sollte aber nicht dazu führen, sich gegenseitig zu bekämpfen und nicht mehr gemeinsam gegen Krieg und Aufrüstung zu kämpfen! Pazifistinnen und Antimilitaristen finden in der breiten Öffentlichkeit ohnehin wenig Gehör. Gegenseitige Schuldzuweisungen führen da nicht weiter.

Eine Möglichkeit, sich in Hamburg kontinuierlich zu engagieren, ist die Teilnahme an unseren nächsten Sitzungen, wo wir unsere Politik und Aktionen diskutieren:

Dienstag, 7. und 21.2., 18 Uhr, Curiohaus, Rothenbaumchaussee 15

Die Treffen finden hybrid statt, wenn ihr per Zoom teilnehmen wollt, meldet euch, damit wir euch die Einwahldaten mitteilen können.

Mit antimilitaristisch-pazifistischen Grüßen

Markus Gunkel

Wir haben den Rundbrief mit Bildern des letztjährigen Ostermarschs illustriert. Vielen Dank an die Fotografen, die uns die Bilder zur Verfügung stellten.

Michael von der Schulenburg

Welche Chancen gibt es für einen Frieden in der Ukraine?

Überarbeitete Fassung eines Redebeitrags auf dem Kassler Friedensratschlag am 11.12.2022

(Dieser Artikel erschien am 10. Januar 2023 in den NachDenkSeiten, www.nachdenkseiten.de)

Ob es eine Chance für einen Frieden in der Ukraine geben wird, hängt weitgehend von den Vereinigten Staaten ab! Für die USA geht es in diesem Krieg aber um geostrategische Ziele, und es werden auch nur geostrategische Überlegungen sie dazu bewegen, einer Friedenslösung mit Russland zuzustimmen. Dazu hier einige Gedanken und am Ende eine redaktionelle Nachbemerkung.

Nicht der Krieg, sondern was zum Krieg geführt hat, muss gelöst werden

Der Krieg in der Ukraine ist das Resultat eines Versuches der USA, nach dem Ende des Kalten Krieges in Europa eine Sicherheitsordnung über die von ihr dominierte NATO und unter Ausschluss Russlands aufzubauen. Dabei spielten für die USA Bedenken über die Sicherheit Europas kaum eine Rolle. Es ging und geht fast ausschließlich um das geostrategische Ziel der USA, ihre nach dem Ende des Kalten Krieges gewonnene Position der allein dominierenden globalen Großmacht zu erhalten. Die Beitritte der Ukraine wie auch Georgiens zur NATO wären die Krönung dieser seit 1994 betriebenen NATO-Erweiterung nach Osten.

Über eine solche NATO-Erweiterung würden die USA Russlands gesamte Süd-Westgrenze militärisch kontrollieren und somit Russland aus dem strategisch so wichtigen

Schwarzen Meer und aus seinen traditionellen Einflussbereichen in Zentralasien verdrängen können. So wäre die Atommacht Russland als unliebsamer strategischer Mitkonkurrent weitestgehend ausgeschaltet. Die USA, ein Land, das über 8.000 km von der Ukraine entfernt auf einem anderen Kontinent liegt, könnte durch vorgeschobene Militärbasen in der Ukraine Druck auf den gesamten asiatischen Raum inklusive China ausüben und die stark an Bedeutung gewonnenen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen Asien und Europa beeinflussen. Die USA verfolgen somit eigene machtpolitische und keine selbstlosen humanitären Ziele in der Ukraine. Die Ukraine ist nur durch ihre strategische Lage zwischen Europa



Ostermarsch 2022 (Foto: Reinhard Schwandt)

und Asien zum Kriegsschauplatz geopolitischer Interessen geworden. Bei einer Friedenslösung dürften daher auch die eigentlichen ukrainischen Interessen, trotz aller öffentlicher Solidaritätsbezeugungen, nur eine untergeordnete Rolle spielen.

Einen wirklichen Frieden in der Ukraine und damit auch in Europa kann es nur geben, wenn es möglich würde, eine neue, von der NATO weitestgehend unabhängige Sicherheitsstruktur in Europa zu errichten, um so, wie in der Paris-Charta der OSZE von 1990 gefordert, ein gemeinsames Haus Europa ohne Trennlinien zu schaffen. Das ginge nur mit einer europäischen Sicherheitsstruktur, die Russland einschließt. Hierfür sind aber die aktuellen Aussichten ausgesprochen schlecht. Auch die Ukraine, obwohl wiederholt vom Westen vorgeschoben, kann darüber sicherlich keine selbstständigen Friedensverhandlungen mit Russland führen. Sie kontrolliert keine der in diesem Krieg ausgefochtenen geopolitischen Interessen der Atommächte USA und Russland (und in gewissem Sinne auch Chinas). Zudem ist die Ukraine viel zu sehr von westlicher, insbesondere von amerikanischer finanzieller und militärischer Unterstützung abhängig, um eine unabhängige Position zu vertreten.

Wer kann einen Frieden mit Russland verhandeln?

Es kämen dafür nur die USA infrage; die Europäische Union ist zu uneinig und schwach, um einen Schritt hin zu einem Verhandlungsfrieden mit Russland zu machen. Wie sehr dieser Krieg ein Krieg der USA ist, hat kürzlich erst der Besuch des Präsidenten Zelensky in Washington gezeigt; über Europa ist Zelensky einfach hinweggeflogen.

Die USA und der Krieg um Macht

Das geopolitische Interesse der USA an der Ukraine geht auf die Zeit nach der Auflösung des Warschauer Paktes und des Zusammenbruchs der Sowjetunion Ende 1991 zurück. Damit endete auch jeder Versuch, in Europa eine ausgleichende Sicherheitsstruktur einzuführen, die auch Russland, dem nun erheblich geschwächten Nachfolgestaat der Sowjetunion, mit einbezieht. Die Hoffnung der Charta von Paris auf ein gemeinsames friedliches Europa war damit gestorben. Der Zusammenbruch der Sowjetunion wurde als Sieg eines überlegenen westlichen liberaldemokratischen Systems gewertet; die Welt würde sich nun in eine liberale Demokratie unter der Führung der USA verwandeln. War die USA bis dahin „nur“ die



Ralf Peters

5.2.1954 - 18.12.2022

Sein plötzlicher Tod hat uns sehr bestürzt. Wir sind sehr traurig.

Ralf war erst 68 Jahre alt. Er hatte auch privat noch viele Pläne. Er wollte noch weit reisen mit seinem Rad. Unterwegs sein und das Leben genießen. Sich mit Freundinnen und Freunden treffen. Sei es bei Kaffee

und Kuchen. Sei es bei einem Glas Rotwein.

Seit früher Jugend kämpfte Ralf gegen Ausbeutung und Krieg. Er gehörte zu den Aktiven im Hamburger Forum. Wir kannten ihn im beständigen Einsatz gegen Krieg und Aufrüstung, für den Frieden, aber auch gegen soziale Ungerechtigkeit und für eine bessere Welt. Klassenkampf ohne Friedenskampf war für ihn undenkbar.

Egal bei welcher Gelegenheit – ob bei Kundgebungen, Demonstrationen, Aktionen oder Veranstaltungen – egal wo – ob in Hamburg, in Büchel oder Ramstein – Ralf war immer einer der ersten. Er begrüßte uns dort mit guter Laune, seinem Optimismus und seinem Lachen. Er wird uns fehlen. Sein Tod reißt eine große Lücke in unsere Reihen.

Ralf blockierte mit uns gemeinsam die Tore von Atomwaffenlagern. Bei der Organisation des traditionellen Hamburger Ostermarsches, des Methfesselfestes, bei den Demonstrationen zum Antikriegstag, bei allen Friedensaktionen konnten wir uns seit Jahrzehnten auf seinen Beitrag verlassen.

Ralf war ein Optimist in der Aktion und zugleich sehr besorgt über die Gefährdung des Lebens auf dieser Erde durch immer weitere Aufrüstung und eine zunehmende Blockkonfrontation. Aber er konnte uns allen durch sein bescheidenes, wie zugleich mobilisierendes Wirken Kraft geben. Auch mit seiner Belesenheit und Klugheit. Im Hamburger Forum, zuletzt auch in der Volksinitiative für einen zivilen Hafen. Wir haben mit ihm einen konsequenten Antimilitaristen und liebenswerten Menschen verloren.

Lieber Ralf, deine Gedichte und Dein selbst gebackener Apfelkuchen bleiben legendär. Wir vermissen dich schon jetzt. Wir werden in deinem Sinne weiter streiten für Menschlichkeit und Frieden.

**Gemeinsam mit anderen politischen Weggefährten
von Ralf nehmen wir Abschied**

**Sonntag, 29.1., um 15 Uhr im Kulturhaus Eidelstedt,
Alte Elbgaustraße 12**

(2 Min. vom Busbahnhof Eidelstedter Platz)

Führungsnation westlicher Demokratien gewesen, würde sie nun zur einzigen Führungsmacht der ganzen Welt werden. Dieses Ziel schien damals realistisch, da Russland ins Chaos der Jelzin-Jahre versunken war und China, wie auch Indien, wirtschaftlich und militärisch keine Bedeutung hatte. Der NATO, in der Charta von Paris wird sie mit keinem Wort erwähnt, kam nun die alleinige Aufgabe zu,



Ostermarsch 2022 (Foto: Gert Krützfeldt)

der militärische Mantel einer von den USA beherrschten Welt zu werden. Dabei wurde der Ukraine schon damals eine zentrale Rolle zugeordnet.

Bereits 1997 unterzeichnete die NATO mit der Ukraine einen Vertrag zur strategischen Partnerschaft. Was anfangs noch recht unschuldig klang, führte aber dazu, dass eine NATO-Mitgliedschaft zum Ziel aller nachfolgenden amerikanischen Präsidenten wurde. Trotz aller Proteste und Drohungen Russlands wurde diese mit zunehmender Aggressivität verfolgt. Dies gipfelte im Jahr 2014 in dem von den USA organisierten und mit 5 Milliarden Dollar finanzierten gewaltsamen (und nach internationalem Recht illegalen) Sturz des demokratisch gewählten ukrainischen Präsidenten Janukowitsch und der Einsetzung einer pro-westlichen Regierung unter Poroschenko. Die Weichen für eine Einverleibung der Ukraine in die NATO waren damit gestellt. Russland antwortete mit der Annexion der Krim und der Unterstützung der Unabhängigkeit des Donbas. Woraufhin der Westen mit einer massiven militärischen Aufrüstung der ukrainischen Armee begann. Damit hatte eine Art latenter Krieg zwischen den USA und Russland um den Einfluss in der Ukraine begonnen. Nach der Ankündigung auf dem NATO-Gipfel im Juni 2021, die Mitgliedschaft der Ukraine nun voranzutreiben, eskalierte die Situation und führte zur militärischen Intervention Russlands. Bei alledem ging und geht es allein um die NATO-Erweiterung und es wird keinen Frieden geben, bis dies nicht diplomatisch gelöst wird.

Das erklärt auch, warum sich die USA vehement gegen jede Friedenslösung wenden, die eine Neutralität der Ukraine vorsieht. Noch im Dezember 2021 weigerten sich die USA, über einen NATO-Beitritt der Ukraine mit Russland zu verhandeln und im März 2022 torpedierte die NATO die ukrainisch-russischen Friedensgespräche, die eine neutrale Ukraine vorsahen. Auch jetzt lehnen die USA Friedensgespräche mit Russland über den zukünftigen Status der Ukraine ab. Nehmen die USA damit das Leiden des ukrainischen Volkes und die sukzessive Zerstörung der Ukraine für ihre geostrategischen Ziele in Kauf?

Die Europäische Union und der Krieg in die Ohnmacht

Der Krieg in der Ukraine ist eine Schande für Europa und ganz besonders für die EU. Obwohl es sich hier um einen Krieg handelt, der auf dem europäischen Kontinent zwischen zwei europäischen Staaten ausgetragen wird und obwohl sich dieser Konflikt über die letzten 30 Jahre mit ständig zunehmenden Spannungen angedeutet hatte, hat die EU nichts unternommen, um eine diplomatische Lösung zu finden und so den Krieg zu verhindern. Die EU degradierte sich zum willigen Mitläufer der USA und wurde dadurch zum Mitschuldigen an diesem Krieg. Die Konsequenzen wird nun Europa tragen müssen, durch ein Abrutschen in eine politische Bedeutungslosigkeit, durch den Verlust des Zugangs zu Rohstoffen, durch eine Blockade der Landbrücke zu den lukrativen Märkten Asiens und letztlich durch eine Abwertung seines Wirtschaftsstandortes und Milliarden an Transferzahlungen an die Ukraine über die kommenden Jahre hinweg.

Die bisherigen Versuche europäischer Staaten, im Ukraine-Konflikt zu vermitteln, sind regelmäßig an europäischer Uneinigkeit und amerikanischem Widerstand gescheitert. Ein Vermittlungsversuch der Außenminister Deutschlands, Frankreichs und Polens bei den Unruhen auf dem Maidan-Platz in 2014 wurde ignoriert; nur Stunden später kam es zum gewaltsamen Sturz des pro-russischen Präsidenten. „Fuck the EU“, war Victoria Nulands Reaktion; sie ist heute amerikanische Vize-Außenministerin. Auch die von Deutschland und Frankreich ausgehandelten Minsk-I- und Minsk-II-Vereinbarungen wurden nie umgesetzt, der EU war es unmöglich, Druck auszuüben. Die Ohnmacht der EU wurde dann noch einmal bei der Sprengung der Nord Stream 1&2 (wahrscheinlich durch die USA) deutlich. Der Krieg in der Ukraine ist eben auch ein Wirtschaftskrieg der USA gegen ein zu sehr nach Osten, vor allem nach Russland und China, ausgerichtetes Europa.

Die Tragik für die Ukraine ist es, dass damit eine Situation entstanden ist, in der sie selbst keinen Frieden verhandeln kann, in der die EU zu schwach und uneinig ist, um einen Frieden zu verhandeln, und die USA sich in einer so starken Position wähnen, dass sie keine Veranlassung haben, einen Verhandlungsfrieden mit Russland zu suchen.

Was könnte die USA dennoch bewegen, einen Verhandlungsfrieden mit Russland zu suchen?

Das könnte sich aber ändern. Die amerikanische Strategie, Russland in der Ukraine zur Kapitulation zu zwingen, baut auf dem Glauben ihrer überlegenen Waffensysteme, ihrer besseren militärischen Aufklärung und letztlich auch ihrer wesentlich stärkeren Wirtschaftskraft auf. Diese Strategie hat jedoch drei Schwachstellen, die zu einem Einlenken der USA führen könnten:



Ostermarsch 2022 (Foto: Gert Krützfeldt)

1. Nicht Russland, sondern die Ukraine könnte zuerst zerbrechen

Im Ukraine-Krieg liefern die USA und andere NATO-Staaten die Waffen und Munition, die Ukrainer zahlen aber mit ihrem Blut. Es ist ein typischer Stellvertreterkrieg, dessen Erfolg davon abhängen wird, inwieweit die Ukraine diesen durchhalten kann. Obwohl auch Russland schwer von diesem Krieg getroffen ist, scheint es doch wahrscheinlicher, dass die Ukraine zuerst zerbrechen könnte. Und das liegt nicht nur an der militärischen Lage.

Der Krieg spielt sich ausschließlich auf ukrainischem Boden ab. Das heißt, dass nicht nur russische Waffen, sondern auch alle vom Westen gelieferten Waffen dazu beitragen, das Land zu zerstören. Inzwischen haben diese Zerstörungen ein katastrophales Ausmaß angenommen. Bereits vor dem Krieg war die Ukraine eines der weitaus ärmsten Länder Europas. Die Lebensbedingungen für die große Mehrheit der Ukrainer ohne Strom und Wasser müssen unbeschreiblich hart sein, gerade jetzt im Winter. Es gibt kaum noch eine funktionierende Wirtschaft und das Land hat den lebenswichtigen Zugang zum Asowschen und Schwarzen Meer verloren. Die finanzielle Unterstützung des Westens an den inzwischen fast bankrotten ukrainischen Staat wird wahrscheinlich nie den finanziellen Bedarf decken können. So hat die EU für 2023 die Zahlung von 1,5 Milliarden Euro monatlich versprochen, während die ukrainische Regierung zwischen 5,0 und 9,0 Milliarden Euro monatlich angefragt hatte.

Die Gräben zwischen den westlichen und östlichen Teilen des Landes, zwischen ukrainisch- und russisch-loyalen Ukrainern müssen heute noch tiefer, vielleicht sogar unüberbrückbar, geworden sein. Dieser Krieg hatte immer schon Aspekte eines Zivilkrieges, in dem Donbas-Milizen aus der Ostukraine gegen Asov-Brigaden aus der Westukraine kämpfen. Hinzu kommen nun noch gesetzliche Beschränkungen der russischen Sprache und Kultur im öffentlichen Raum, die Schließung russisch-sprachiger Fernseh- und Radiostationen, das

Verbot aller politischen Parteien der russisch-sprachigen Bevölkerungsgruppen, die polizeilichen Durchsuchungen von über 300 russisch-orthodoxen Klöstern, die Ankündigung des Verbots der russisch-orthodoxen Kirche und letztlich die Ermordungen angeblicher Kollaborateure.

Die Ukraine leidet unter einer höchst instabilen Bevölkerungsstruktur. Seit ihrer Unabhängigkeit 1991 ist die Bevölkerungszahl um 20 Prozent gesunken, ein Trend, der sich durch diesen Krieg sicherlich noch verstärkt hat. Seit dem Ausbruch des Krieges sind nach UN-Angaben etwa 8 Millionen Ukrainer geflohen, auch dies eine Zahl, die sich durch einen harten Winter noch erhöhen könnte. Zudem leben in der Ukraine etwa 7 Millionen Binnenflüchtlinge, weitere 6-7 Millionen Ukrainer leben heute in von Russland kontrollierten Gebieten.

Unter diesen Bedingungen könnte eine Situation entstehen, in der weitere westliche Waffenlieferungen wenig ausrichten können. Vielleicht auch deshalb hat sich der ranghöchste amerikanische General, Marc Milley, im Widerspruch zu Präsident Bidens erklärter Politik des Durchhaltens, für sofortige Friedensverhandlungen ausgesprochen. Die USA könnten sich eines Tages genötigt sehen, die Reißleine zu ziehen, um einen Zusammenbruch des ukrainischen Staates zu verhindern.

2. Der Konflikt der USA mit China verschärft sich

China und nicht Russland wird in den USA zunehmend als der große Gegner der Zukunft gesehen. Während der Konflikt zwischen den USA und China an Heftigkeit und Gefährlichkeit zunimmt, könnte der Krieg in der Ukraine sich lange hinziehen, ohne eine militärische Entscheidung zu bringen. Das kann zu einer Situation führen, in der die USA zu dem Schluss kommen, dass sie sich nicht gleichzeitig einen Konflikt mit Russland und China leisten können. Die amerikanische Entscheidung könnte in diesem Fall darauf hinauslaufen, den teuren, aber wenig erfolgversprechenden Konflikt mit Russland zu beenden.



Ostermarsch 2022 (Foto: Gert Krützfeldt)



Ostermarsch 2022 (Foto: Reinhard Schwandt)

3. Die öffentliche Meinung in westlichen Ländern wendet sich zunehmend gegen den Krieg

In fast allen westlichen Ländern, auch in den USA, sinkt in der Bevölkerung, wenn auch langsam, die Zustimmung zu weiteren Waffenlieferungen; in vielen Ländern gibt es bereits eine Mehrheit, die eine diplomatische Lösung befürwortet. Die wirtschaftlichen Auswirkungen werden diesen Trend aller Voraussicht nach noch verstärken. Mit einem andauernden Krieg dürfte auch die zurzeit sehr einseitige Berichterstattung in den meisten westlichen Medien Löcher bekommen. Berichte über die hohen Kosten dieses Krieges und über die Milliarden an monatlichen Transferzahlungen an die Ukraine werden zunehmen. Damit werden auch kritische Berichte über unkontrollierbare Korruption, den illegalen Weiterverkauf von Waffen und die fehlende Transparenz über den Gebrauch der Transferzahlungen in die Öffentlichkeit kommen. Schon vor dem Krieg war die Ukraine eines der korruptesten Länder Europas, ein Umstand, der sich in Zeiten eines Krieges wohl eher verschlechtert hat. Und es könnte zunehmend auch Berichte über ukrainische Kriegsverbrechen geben – in einem Krieg bleibt keine Seite sauber. Die öffentliche Meinung im Westen könnte umschwingen und sich den konstanten Forderungen der ukrainischen Regierung gegenüber eher ablehnend aufstellen. Damit wäre dann ein Krieg nicht mehr zu gewinnen.

Das Friedensdilemma

Die hier aufgeführten Argumente sind rein machtpolitische Überlegungen, wie sie Großmächte verfolgen könnten. Das zu verstehen, wäre wichtig. Aber sie zeigen auch die ganze Perversion dieses Krieges auf und das Dilemma, mit der jede Friedensbewegung konfrontiert ist. Denn kein Mensch sollte hoffen, dass es erst zu einer Zerstörung der Ukraine kommen muss, um über einen Frieden zu verhandeln, und keiner sollte sich eine Verschärfung des Konfliktes mit China mit der Gefahr eines weiteren Krieges wünschen, um in der Ukraine endlich zu einer Friedensvereinbarung zu kommen. Auch wäre es für die leidenden Menschen in der Ukraine katastrophal, sollte sich die öffentliche Meinung im Westen gegen die Ukraine wenden.

Sie werden noch sehr lange eine westliche Unterstützung brauchen – auch und gerade in Friedenszeiten.

Es müsste doch einen anderen Weg zu einem Frieden geben können. Den kann es aber nur geben, wenn wir aufhören zu glauben, dass nur Waffen oder die Annexion fremder Landesteile einen Frieden bringen können, wenn wir akzeptieren, dass die Welt nicht nur dem Westen gehört, es keine alleinige Weltmacht USA geben wird und die Ausweitung der NATO nicht zur Stabilität in Europa beiträgt. Da Staaten hier versagen, kann nur eine erstarrende Friedensbewegung von Lissabon bis Wladiwostok etwas erreichen. Nur gibt es diese Friedensbewegung nicht – zumindest jetzt noch nicht.

Redaktionelle Nachbemerkung:

Es ist gut, dass Michael von der Schulenburg auslötet, was helfen könnte, die USA zu einem Verhandlungsfrieden mit Russland zu bewegen. Er nennt drei Motive. Beim dritten Motiv, bei der Diagnose „Die öffentliche Meinung in westlichen Ländern wendet sich zunehmend gegen den Krieg“ bin ich ausgesprochen unsicher. Leider. Nach meinem Eindruck hat sich zum Beispiel die vermutlich vor zehn Jahren noch fest verankerte Meinung, Frieden mit Russland haben und sichern zu wollen, verflüchtigt. Wir müssen heute beobachten, dass an jeder Ecke Propaganda gegen Russland und auch für Krieg – und für Waffenlieferungen ohnehin – gemacht wird. Nur ein Beispiel dafür: Gestern Abend in Hart aber fair. Da haben alle Gesprächsteilnehmer zum Beispiel die Personalisierung des Konfliktes mitgemacht und weiterbefördert: Putin Putin Putin. Diese Personalisierung hilft dabei, die Kriegsbereitschaft anzustacheln. Andere, erkennbar abgesprochene und wiederholte Botschaften wie die Erzählung, Putin und die Russen würden vor allem zivile Einrichtungen zerstören, tun das ihre dazu, dass sich die öffentliche Meinung in den westlichen Ländern eben nicht zunehmend gegen den Krieg wendet, wie Autor von der Schulenburg meint. – Das bleibt anzumerken, obwohl ansonsten das Stückchen Optimismus im Text durchaus guttut.

Albrecht Müller.

Michael von der Schulenburg, ostdeutscher Herkunft, 1969 Flucht nach Westdeutschland, ist ein ehemaliger Assistant Secretary-General der UNO; Studien in Berlin, London und Paris; war über 34 Jahre für die UNO tätig, danach kurz auch für die OSZE. Hatte längerfristige Missionen in Haiti, Pakistan, Afghanistan, Iran, Irak und Sierra Leone sowie kurzfristige Einsätze in Syrien, Balkan, Somalia, Sahel und Zentralasien. 2017 publizierte er das Buch „On Building Peace – rescuing the Nation-State and saving the United Nations“.

E-Mail: contact@michael-von-der-schulenburg.com

Quelle:

<https://www.nachdenkseiten.de/?p=92298#more-92298>

Für Frieden in Europa!

Den dritten Weltkrieg verhindern!

Es ist höchste Zeit, den Weg der Eskalation in den dritten Weltkrieg zu verlassen. Die Probleme der Welt verlangen Kooperation statt Konfrontation: Hunger und Armut, Artensterben, Klimakrise ... all dies kann die Menschheit nur gemeinsam lösen. Krieg verschärft diese Probleme. Krieg darf kein Mittel der Politik sein.

Der Krieg in der Ukraine verursacht Leid, Tod und Verwüstung. Mit jedem Tag, den er länger dauert, kommen mehr Menschen ums Leben, werden verletzt oder traumatisiert. Mit jedem Tag wächst das Risiko, dass sich der Krieg auf andere Staaten ausweitet oder zum Atomkrieg eskaliert.

Neben dem Ukrainekrieg gibt es weltweit viele vergessene Kriege: im Jemen, in Syrien, Äthiopien, Mali und weiteren Ländern. Das Leid dieser Kriege wird in unseren Medien nur selten dargestellt. In vielen dieser Kriege wird mit deutschen Waffen gekämpft, in Mali ist die Bundeswehr auch direkt beteiligt.

Solange es Kriege gibt, muss allen Menschen, die davor fliehen, Schutz gewährt werden – egal, welchen Pass die Menschen haben. Männer und Frauen, die sich dem Militärdienst entziehen, Kriegsdienstverweigerer und Deserteure aus allen beteiligten Staaten müssen Asyl erhalten. Deutschland muss humanitäre Hilfe für alle von Krieg betroffenen Menschen leisten.

Jährlich wird eine Summe von 2.000.000.000.000 (zwei Billionen) Dollar für Rüstung ausgegeben. Der Westen unter Vorherrschaft der USA ist daran mit zwei Dritteln beteiligt. Weltweit nutzen die USA über 750 Militärstützpunkte (und haben Nutzungsoptionen auf insgesamt 1000) – Russland um die 20 und China einen einzigen.

Spätestens seit der Auflösung des Warschauer Vertrages sehen sich die USA als globale Hegemonialmacht, als Sieger, der die Welt nach seinem Willen gestalten kann, mit kulturellen, politischen, ökonomischen, finanziellen und zunehmend auch militärischen Mitteln. Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträge wurden weitgehend aufgekündigt.

Die USA planen die Stationierung der Überschallrakete Dark Eagle in Europa, mit der sie Ziele in Russland praktisch ohne Vorwarnzeit angreifen können. Zudem läuft eine Welle der atomaren Aufrüstung. Die in Deutschland stationierten US-Atombomben werden durch neue, „modernisierte“ ersetzt, und die Bundesregierung beschafft neue Flugzeuge für den Einsatz dieser Waffen. Dadurch wird die Gefahr eines Atomwaffeneinsatzes erhöht.

Die Bundesrepublik Deutschland, dominante Macht in der EU und militärischer Juniorpartner der USA, versucht, eine eigenständige Weltmachtpolitik zu betreiben. Diese Politik umfasst auch die Führung von Kriegen. Seit Jahrzehnten wird die Bundeswehr zu einer international einsetzbaren Interventionsarmee aufgerüstet, die in Mali, Afghanistan und vielen anderen Ländern Krieg führt(e). Die Eskalation des Ukrainekrieges wird nun genutzt, um die gesellschaftliche Akzeptanz für Kriegseinsätze der Bundeswehr zu erhöhen und um noch mehr Finanzmittel in die Aufrüstung zu kanalisieren. Wenn Deutschland – schon jetzt der viertgrößte Waffenexporteur der Welt – durch eine beispiellose Aufrüstung zur weltweit drittgrößten Militärmacht gemacht werden soll, geht es nicht um „westliche Werte“. Unserer Regierung geht es darum, dass von der westlichen Vorherrschaft in der Welt auch deutsche Großkonzerne profitieren. Gleichwohl muss sich die Bundesregierung in vielen Punkten der NATO und der Politik der USA unterordnen.

In den vergangenen Jahren ist die globale Vorherrschaft der USA allerdings ins Wanken geraten. Eine multipolare Welt entwickelt sich. Vor allem China, wegen seines Rohstoffreichtums auch Russland, aber auch andere Staaten werden von den USA als konkurrierende Mächte gesehen, gegen die es mit allen Mitteln die eigene Dominanz aufrechtzuerhalten gilt.

Politiker der USA und der NATO waren daher nicht bereit, auf die – wiederholt geäußerten – Befürchtungen Russlands über die NATO-Osterweiterung und die Aufrüstung der Ukraine einzugehen.

Dem Angriff Russlands auf die Ukraine im Februar 2022 ging seit 2014 ein Bürgerkrieg innerhalb der Ukraine, im Donbass, voraus, der bis dahin über 14.000 Menschenleben gekostet hatte. Der Westen hatte die Ukraine bereits seit Jahren mit Waffen und finanziell unterstützt und sich massiv in das politische System des Landes eingemischt.

Nachdem die völkerrechtlich verbindlichen Minsker Abkommen nicht eingehalten und von Russland geforderte Verhandlungen über Sicherheitsgarantien abgelehnt worden waren, griff Russland die Ukraine an.

Ein Krieg, der wahrscheinlich hätte verhindert werden können, wenn die NATO die Sicherheitsinteressen Russlands nicht ignoriert hätte.

Nun wird – trotz der Gefahr eines großen, eines Weltkrieges – der russische Angriff auf die Ukraine immer mehr zu einem Stellvertreterkrieg zwischen den USA bzw. der NATO und Russland eskaliert.

Doch im Krieg gibt es nur Verlierer. Sicherheit kann es nur gemeinsam geben!

Dieser Krieg bot auch die Gelegenheit, die schon seit Jahren gegen Russland und zunehmend auch gegen China eingesetzten Wirtschaftssanktionen auszuweiten. Hierzulande und in Europa insgesamt fördern die Sanktionen soziale Ungleichheit und ökonomische Instabilität. Weltweit führt die Sanktionspolitik zu noch mehr Hunger und Armut. Die Kosten für diese verheerende Politik zahlen wir alle: Steigende Preise, explodierende Rüstungsausgaben und sozialer Kahlschlag betreffen vor allem Arme, abhängig Beschäftigte und Kleinunternehmer. Auf ihrem Rücken wird der Wirtschaftskrieg ausgefochten.

Der andauernde Krieg, die Waffenlieferungen und die Sanktionen konterkarieren zugleich den Kampf gegen den Klimawandel. Die ohnehin unzureichenden Bemühungen zur Begrenzung der Erderwärmung werden weitgehend aufgegeben. In Deutschland wird wieder massiv in neue fossile Infrastruktur investiert. Die Einhaltung der Pariser Klimaziele wird so unmöglich.

Waffenlieferungen zielen auf den Sieg über einen Feind ab, führen aber nicht zum Frieden. Sie verlängern den Krieg und verursachen immer neues Leid. Stattdessen muss der Frieden gewonnen und die gemeinsame Sicherheit gewährleistet werden! Die globalen Probleme müssen gemeinsam angegangen werden! Wir sagen Nein zu Militarismus und Krieg und gehen dafür zu Ostern auf die Straße!

Wir fordern von der Bundesregierung:

- Einsatz für einen sofortigen Waffenstillstand in der Ukraine, um Friedensverhandlungen zu ermöglichen
- Keine Waffenlieferungen an kriegführende Staaten
- Keine Bundeswehreinsätze im Ausland
- Beendigung der nuklearen Teilhabe und Beitritt Deutschlands zum Atomwaffenverbotsvertrag; wir erwarten vom 1. Bürgermeister Peter Tschentscher, dass er den Beschluss der Bürgerschaft umsetzt und seine Präsidentschaft im Bundesrat für eine Initiative in diese Richtung nutzt
- Stopp der Wirtschaftssanktionen, unter denen die Menschen hierzulande wie auch weltweit leiden
- Aufnahme von Kriegsflüchtlingen und Deserteuren aus aller Welt
- Diplomatische Anstrengungen für Abrüstung und weltweite gemeinsame Sicherheit
- Energische Schritte hin zur Lösung der globalen Probleme: keine Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke, kein Fracking-Gas, stattdessen zügiger Ausbau erneuerbarer Energien

► *Unsere politische Arbeit verfolgt das Ziel, menschenverachtende Ideologien wie Militarismus, Faschismus, Antisemitismus und Rassismus zurückzudrängen.*

Ostermarsch Hamburg, Ostermontag, 10. April, 12.30 Uhr Reeperbahn, Höhe Spielbudenplatz

Wir unterstützen den Ostermarsch / Ostermarschaufruf 2023 und sind mit einer Veröffentlichung unseres Namens einverstanden:

Name/Organisation _____

Anschrift _____

Wir unterstützen den Ostermarsch mit einer Spende in Höhe von _____ Euro.

Bitte schickt uns eure Unterschrift bis zum 28. Februar 2023 per E-Mail an hamburger-forum@hamburg.de oder per Post (**Posteingang 27. Februar**) an:

Hamburger Forum
Eiffestraße 600
20537 Hamburg